

Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration des
Landes Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Telefon (0 231) 125901
E-Mail LERKiTaNRW@elternrat.de

Ihr Zeichen:

Dortmund, 12.06.2007
Seite 1 von 2

Gesetzentwurf des „Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern“

Sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich auf den Gesetzentwurf selbst eingehe, möchte ich zu der Veröffentlichung eines Interviews in der WAZ vom 11.06.2007 folgendes anmerken:

Die im Eingangsbericht „Die Kita-Beiträge sind stabil“ getroffene Aussage des Ministers Laschet „Niemand muss wegen des neuen Gesetzes Elternbeiträge erhöhen, weil es die einkalkulierten Beitragseinnahmen der Eltern nicht verändert, das waren vorher 19 Prozent, das sind künftig 19 Prozent.“ suggeriert, dass zukünftig keine Elternbeitrags erhöhungen stattfinden werden.

Hierbei lässt der Minister unerwähnt, dass nicht das Ministerium die Elternbeiträge festlegt, sondern nach derzeitiger und möglicher, zukünftiger Rechtslage die Kommunen. Unerwähnt lässt er auch, dass ihm bekannt ist, dass das derzeitige Elternbeitragsaufkommen bei ca. 13 % liegt. Die bislang durch verschiedene Kommunen nicht vorgenommenen Elternbeitrags erhöhungen werden, nicht zuletzt, vor dem Hintergrund der Entscheidung des VG Gelsenkirchen vom 22.05.2007 durchgeführt werden müssen.

Die Aussage im Interview „Zum einen gibt es mehr Geld für Kindergärten, allein 2008 schon über 140 Millionen Euro.“ lässt unerwähnt, dass es nicht unerhebliche

Kürzungen durch die Vorgänger-Regierung und auch der jetzigen Landesregierung gegeben hat. Jetzt ausschließlich von Verbesserungen zu sprechen, ist unlauter, da die durch die Kürzungen eingetretenen Verschlechterungen bisher nicht kompensiert worden sind.

Angesichts der heutigen Pressemitteilung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie „...450 Millionen Euro für 26.000 zusätzliche Studienanfänger an den NRW-Hochschulen“ werden die verschiedenen Dimensionen deutlich.

Nun zum Gesetzentwurf selbst.

Entgegen der persönlichen Zusage des Ministers beim Wewelsburger Wintertreffen in diesem Jahr und auch entgegen der Zusage von Frau Dr. Girden Jülich im Mai diesen Jahres in Delbrück, sind die Anregungen der Eltern zum Regierungsentwurf vom 20.03.2007 hinsichtlich der elterlichen Mitbestimmung bisher nicht aufgegriffen worden. In weiten Teilen wurden die Anregungen der Verbände, Kirchen und der Landesjugendämter aufgenommen und auch umgesetzt. In meiner Wahrnehmung werden die Ansätze, die wir als Eltern eingebracht haben, in Gänze ignoriert.

Der bereits in der Stellungnahme geäußerte Eindruck, dass die Nichteinhaltung der gesetzlichen Mitwirkungsregelungen durch die Träger jetzt legalisiert werden sollen, wird hierdurch verstärkt.

Dieses ist aus Elternsicht mehr als bedenklich, da eine Umsetzung des KiBiz nur in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit von Gesetzgeber und Elternschaft zu stemmen ist. Ich fordere eine Nachbesserung im Punkte der elterlichen Mitbestimmung mindestens im Maße des GTK. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf meine Stellungnahmen von 17.04.2007 und die weiterer Elternvertretungen aus dem Monat April.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Herzog

- elektronischer Versand ohne Unterschrift -

Jürgen Herzog
Vorsitzender LER KiTa NRW e.V.